

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Dringend ist die Wilsdruffer Zeitung nachfolgende 5 Jahre für den folgenden Tag, Sonntag, den 1. März, durch den Verleger zu tragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen monatlich 25 mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Abnehmer und Geschäftsleute nehmen hiermit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Besetzung, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 20. Bei die 6 gebundene Bezugspreise oder deren Raum, Reflektoren, die 2-pfennige Bezugspreis 20. Bei der Wilsdruffer Zeitung und Jahresvertrag entwerfender Preisnachschlag, Befreiungen im amtlichen Teil (für den Teil) die 2-pfennige Bezugspreis 20. Nachweisungs-Geld 50 Pfg. Anzeigenpreise sind vorzuzahlen 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Nachdruck in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen.

Verleger und Druck: Arthur Jahnke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inzerenten: Arthur Jahnke, beide in Wilsdruff.

Nr. 57

Mittwoch den 8. März 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Drei noch vorhandene fahrbare **Feldküchenuntergestelle** sollen verkauft werden. Angebote werden bis 12. März d. J. an Herrn Stadtrat Wehner erbeten. Wilsdruff, am 7. März 1922.

Der Stadtrat.

kann im Verwaltungsgebäude (Zimmer Nr. 14) eingesehen werden. Preisangebote sind bis 20. d. Mts. dafolbst abzugeben.

Wilsdruff, am 7. März 1922.

Der Stadtrat.

Für die städtischen Gebäude soll der Bedarf an **Hand-, Wisch- und Scheuertüchern, Besen, Bürsten, Seife u. a. m.** vergeben werden. Das Verzeichnis hierüber

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Meine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichsanwalt will vor der Beschlußfassung der Reichstagspartei über das Steuerkompromiß erst noch die Ansicht des Reichswirtschaftsrates zur Zwangsanteile hören.
- Der in Schweden lebende Generallandschaftsdirektor Kapp hat in einem Briefe an eine Dresdener Zeitung angeblich das Angebot gemacht, sich unter freiem Geleit dem Reichsgericht zu stellen.
- König George hatte eine Unterredung mit den Führern der englischen Konservativen. Die Koalition erscheint wieder gesichert.
- Präsident Calander wird am 20. März in öffentlicher Sitzung in Genf seinen Schiedspruch über einige oberschlesische Streitfragen fällen.
- Der italienische Außenminister Schanzer hat bei England und Frankreich eine Verschiebung der Orientkonferenz beantragt.
- Der Doktor Hegel am Montag in Berlin bis zu einem Stande von 21.

Steuerwoche.

Der Reichstag ist am Sonnabend zwar wieder einmal für ein paar Tage auseinandergegangen, diesmal aber mit fest bestimmter Marschroute für die Wiederaufnahme der Arbeit am kommenden Donnerstag. Die Tage, die bis dahin fignungsfrei bleiben, sollen von den Steuerentscheidungen in, wenn es sein muß, mehr als achtstündiger Arbeitszeit gründlich ausgeschöpft werden, damit die zweite Beratung der Steuerentwürfe endlich vor sich gehen und nun in einem Zuge zum Ende geführt werden kann. Der Reichsanwalt selbst war es, der am Schluß der letzten Sitzung in eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte eintritt, um diesen Wunsch der Reichsregierung gegenüber abweichenden Vorkäufen der Reichsparteien durchzusetzen. Er führte, wie schon öfter zuvor, auch diesmal außenpolitische Gründe für die Notwendigkeit möglicher Beschleunigung der Steuerarbeiten ins Feld, ohne des näheren auf die Art dieser Gründe einzugehen. Man braucht aber gar nicht zu den politischen Eingeweihten zu gehören, um zu wissen, was er damit im Sinne hatte. Am nächsten Mittwoch sollen in London die internationalen Finanzfachverständigen zusammentreten, wie man glaubt, um sich abermals neben anderen Dingen mit der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu befassen. Auch die endgültige Entscheidung der Reparationskommission über das bekannte Stundungsgebet der Reichsregierung wird wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen können. Und Herr Wirth legt und muß darauf liegen, vor diesen Instanzen den Nachweis zu führen, daß Deutschland alles tut, was in seinen Kräften steht, um von sich aus, soweit eben möglich, wieder einigermassen Ordnung in sein Finanzwesen zu bringen. Die Steuerentwürfe, die jetzt verabschiedet werden sollen, liegen schon seit vielen Monaten beim Reichstag, und seither haben sich unsere Verhältnisse — wie diejenigen übrigens der ganzen Welt — nichts weniger als verbessert. Mit Rücksicht hierauf ist auch im vorigen Dezember der Gedanke des Steuerkompromisses entstanden, das dank der Aufnahme der Zwangsanteile den zu erwartenden Ertrag der neuen Steuerentwürfe um ein Erhebliches gesteigert hat. Mit diesen Dingen schlagen sich die Parteien und die Regierung nun schon wochenlang herum, und man kann es Herrn Dr. Wirth auch aus innerpolitischen Gründen durchaus nachfühlen, wenn er diese ebenso aufregende wie weittragende Aktion endlich zum Abschluß bringen will. Die zweite Beratung mitsamt den zu fällenden Entscheidungen wird nun allerdings wieder unter dem Zwange der Heftigkeit vor sich gehen und infolgedessen zu vielen sachlichen Beanstandungen mehr oder weniger berechtigten Anlaß geben. Die Gemüter werden sich, statt das Unvermeidliche mit einigem Anstand hinzunehmen, wieder gewaltig erhitzen und die Parteipolitiker werden nicht darauf verzichten wollen, bis zum letzten Augenblick dem Volke vor Augen zu führen, wie schlecht es von ihren politischen Gegnern — und natürlich nur von diesen — behandelt werde. Gewiß keine erquicklichen Begleiterscheinungen des Parlamentsbetriebes. Und es mag schon sein, daß man mit ihnen auch in anderen Demokratien rechnen muß. Aber wenn Dr. Wirth die Reichstagsmitglieder loserer Rede, würde damit an diesen Zuständen schwerlich etwas gebessert werden. Wir werden uns also schon damit abfinden müssen, in beschleunigtem Tempo durch dieses übermäßige Steuersturzbad hindurchgeführt zu werden. Erst nach der Durchberatung des Steuerkompromisses soll offenbar die Frage der Neubestimmung des Finanzmittelhaushalts endgültig geregelt, soll aber auch die Frage

der großen Koalition so oder so entschieden werden. In Versuchen, Herrn Dr. Wirth in der einen wie in der anderen Richtung zu vorsichtigen Einschleichen zu bewegen, hat es ganz gewiß nicht gefehlt; er hat ihnen in dessen eine Art von passiver Resistenz entgegengekehrt, mit der er, vorläufig wenigstens, Sieger geblieben ist. Die Deutsche Volkspartei wird gewiß nicht sagen können, daß er ihre Zustimmung zu den Steuerentwürfen durch irgendwie wesentliche Konzessionen erkaufte, sie wird im Gegenteil behaupten wollen, daß für Herrn Dr. Wirth Zugeständnisse nur nach links hin in Frage kämen. Und sie wird sehr bald lehrmäßig zu prüfen haben, was aus den „persönlichen und sachlichen Garantien“ geworden ist, von deren Gewährung sie ihre aktive Mitwirkung am Steuerkompromiß abhängig machen wollte. Wenn sie aber hört, daß unsere Regierung schon bei der letzten Delatationszahlung an die Entente schonend darauf vorbereitet ließ, daß sie kaum noch lange in Kauf zu sein werde, diese 31 Goldmillionen zu leisten, so werden auch die nicht zur Regierungskoalition gehörenden Parteien ihren letzten Entschluß sehr sorgfältig zu überlegen haben. Von anderer Seite wird allerdings diese letztere, aus dem Pariser „Journal“ stammende Meldung entschieden bestritten. Am Reichstag wird es sein, durch die Art, wie er in der kommenden Woche sich seiner Steuerentwürfe entledigt, die Stellung der Reichsregierung gegenüber unseren auswärtigen Verbündeten nach Möglichkeit zu klären.

Stellt Kapp sich?

Freies Geleit vom Reichsgericht verlangt.

Wolfgang Kapp, der frühere Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen, der Führer des nach einigen Tagen zusammengebrochenen Aufstandes im März 1920, soll sich bereit erklärt haben, sich unter der Zusicherung freien Geleites dem Reichsgericht zu stellen. Kapp ist seinerzeit, als der Versuch mißlungen war, die republikanische Bewegung zu beseligen, nach Schweden entflohen. Inzwischen ist der sog. Jagow-Prozess vor dem Reichsgericht durchgeführt worden, und nun haben die Dresdener Nachrichten sowie der Berliner Volksanzeiger einen gleichlautenden von Kapp gezeichneten Brief erhalten, der folgenden Text hat:

Schweden, 1. März 1922.

Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Zuschrift teile ich der verehrlichen Schriftleitung ergebend mit, daß ich heute dem Reichsgericht meine Bereitwilligkeit erklärt habe, mich unter Leistung einer Sicherheit von hunderttausend Mark gegen Gewährung freien Geleites und Verhaftung von der Untersuchungshaft zu stellen. Grundsätzlich sehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Regierung, die den Besitz der Macht lediglich einem tatsächlich begangenen Hoch- und Landesverrat verbannt, weder das Recht hat, über Hochverrat zu Gericht zu sitzen, noch irgendwelchen Anspruch darauf erheben darf, daß ein durch sie des Hochverrats Verdächtigter Recht bei ihr suche. Obwohl mir eine Aufstufung der gegen Regierungspräsident v. Jagow ergrangenen Reichsentscheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegen hat, ernehme ich doch dem mir insoweit darüber bekanntgewordenen Inhalt, daß ein Fehlbruch des Gerichts vorliegt. Herr v. Jagow ist nach meiner Überzeugung mit Unrecht zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist unbillig. Da mir aus derselben Veranlassung die gleiche Handlung zur Last gelegt wird, wie die, derenwegen Herr v. Jagow verurteilt worden ist, so ist ein neues, gegen mich durchgeführtes Verfahren tatsächlich dieselbe Rechtswirkung aus, als hätte eine Revision des Jagow-Prozesses statt. Ehre und Gewissen gebieten mir daher, für den Verurteilten einzutreten. Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich hieher von einer Selbststellung abgehalten haben, zu schweigen. General Freiherr v. Lüttich und die anderen im Ausland befindlichen Herren, die am Märzunternehmen beteiligt gewesen sind, werden dem natürlichen Antrieb ihrer barmherzigen Gesinnung entsprechend, den Wunsch hegen, meinem Beispiele zu folgen und gleichzeitig mit mir in Leipzig zu erscheinen. Die alle Bitte ich dringend, hiervon Abstand zu nehmen und mir als politischem Haupt des Märzunternehmens in diesem Falle den Vortritt zu lassen. Aus ähnlichen Gründen, wie sie jetzt für mein Vorgehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies dann noch für geboten erachten. Ihre Interessen werden von mir in Leipzig, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwie vorzugreifen, als wären es meine eigenen, wahrgenommen werden.

(gez.) Wolfgang Kapp.

Königlich preussischer Wirklicher Geheimrat Oberregierungsrat. Herr Kapp würde sicherlich mit den Briefen seinem Charakterbild seinen schlechten Dienst erwiesen haben, aber man muß doch die Befähigung der Selbststellungschrift durch das Reichsgericht abwarten, ehe man zu weiteren Schlussfolgerungen kommt.

Ein Schreiben Kapps auch an die Oberreichsanwaltschaft. Leipzig. Wie die „Sächsische Korrespondenz“ an zuhändiger Stelle erfährt, ist gestern nachmittags 1/3 Uhr tatsächlich ein Schreiben Kapps bei der Oberreichsanwaltschaft eingegangen, in dem das vorerwähnte Ersuchen gestellt wird.

14 Streitpunkte über Oberschlesien.

Der Abschluß der Genfer Verhandlungen. Nach wochenlangen Bemühungen, eine Einigkeit zwischen den deutschen und den polnischen Vertretern in Genf herbeizuführen, sind nun doch noch 14 formulierte Einzelpunkte übrig geblieben, die dem Schiedspruch des Präsidenten Calander überlassen bleiben müssen. Der Präsident, der zurzeit leicht erkrankt ist, wird am 11. März diese Streitpunkte entgegennehmen und am 20. März in öffentlicher Sitzung in Genf seinen Spruch fällen. Die Arbeit an der endgültigen Formulierung des ganzen Abkommens bis zur Unterzeichnung, zu der sich Minister a. D. Schiffer dann wieder nach Genf begeben wird, kann noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Von polnischer Seite verlautet über die Befestigung Oberschlesiens durch polnische Truppen, daß diese in drei Richtungen, nämlich Kattowitz, Czenstochau und Pleß, nach Oberschlesien einrücken wollen, während die Deutschen erst 24 Stunden später in den ihnen verbliebenen Teil einrücken sollen. Die Ententetruppen werden stichweise das Gebiet übergeben und dann Oberschlesien verlassen.

Starke Zunahme der Teuerung.

120 Prozent Steigerung gegen das Vorjahr. Die Teuerung hat im Monat Februar stark zugenommen. Die Verhältniszahl (Indexziffer) für Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnet wird, ist vom Januar zum Februar von 1640 auf 1889, also um 349 Punkte oder 21,3 Prozent gestiegen. Verglichen mit dem Stand vor einem Jahre (Februar 1921) bedeutet dies eine Verteuerung der erwähnten vier Lebensbedürfnisse um 120,8 Prozent. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich also seitdem weit mehr als verdoppelt. In der Teuerung im Monat Februar tragen vor allem die Ernährungsausgaben bei, deren Indexziffer von 2219 im Januar um 23 Prozent auf 2727 gestiegen ist. Außer Schellfischen, deren Preise sich teilweise etwas ermäßigen konnten, wurden alle Lebensmittel viel teurer. Besonders stark zogen die Preise für Kartoffeln und Gemüse an, da die lange Kälteperiode und die zu Beginn des Monats ungünstigen Verkehrsverhältnisse die Teuerung für diese Lebensmittel sehr verschärften. Inzwischen sind die Preise ebenso wie die für Eier etwas zurückgegangen. Die Mitte des Monats eingetretene Brotpreiserhöhung kommt in den Indexziffern für Februar erst zur Hälfte zum Ausdruck. Auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete haben sich weiter gesteigert. Die Aufwärtsbewegung der Preise war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches nicht einheitlich.

Fünfsigfache Großhandelspreise.

Der von der Frankfurter Zeitung für 77 Großhandelswaren berechnete Index ist am 4. März auf 435 gegen 352 am 5. Februar gestiegen. Gegen die Vorkriegszeit haben die Großhandelspreise die rund fünfsigfache Höhe erreicht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Wirkung der Umsatzsteuer.

Vom Steuerauschuß des Reichstages wurde beschlossen, daß, wie es in der ersten Lesung vorgegeben ist, das Umsatzsteuergesetz mit Rückwirkung vom 1. Januar 1922 ab in Kraft treten soll. Von der Regierung wurde auf verschiedene Anträge hin, den Termin des Inkrafttretens hinauszuschieben, darauf hingewiesen, daß durch ein späteres Inkrafttreten der Novelle sich nicht nur ein Minderertrag von einer Milliarde Mark ergeben, sondern auch die Gefahr von Steuerhinterziehungen bestehen würde.

Die Frau als Schöpferin und Geschäftswort.

Der Reichsanwalt des Reichstages nahm in erster Lesung die Regierungsvorlage eines Gesetzes über